

POTSDAMER

NEUESTE NACHRICHTEN



Historiker **Andreas Kossert** über Deutschland als Zufluchtsort – Seite 19

Parteien plus Proporz: Ein Ausblick auf das kommende **Superwahljahr** – Seite 6

Der Mutmacher: Erinnerungen an den vor einem Jahr verstorbenen Ex-Landeschef **Manfred Stolpe** – Seite 8

POTSDAM, DIENSTAG, 29. DEZEMBER 2020

WWW.PNN.DE

70. JAHRGANG / NR. 304 / 1,90 €



Zündstoff

Kleiner Grenzverkehr für Böller und Raketen: Wegen Corona kaufen zwar weniger Menschen als sonst „Polen-Böllern“ im Nachbarland. Für Sicherheitskräfte und Krankenhauspersonal ist das aber kein Grund zur Entspannung – Seiten 3 und 10

Foto: Ole Spangberg/dpa

Staatsverschuldung Eine Abgabe für das eine Prozent

VON HARALD SCHUMANN

Das Jahr eins nach Corona geht zu Ende und hinterlässt neben Trauer und Krankheit ein hässliches Erbe. Europas Wirtschaft ist um gut sieben Prozent geschrumpft, während die Verschuldung der öffentlichen Haushalte drastisch ansteigt. Allein in Deutschland nahmen Bund und Länder mehr als 300 Milliarden Euro an Krediten auf. Das treibt die staatliche Schuldenquote von unter 60 auf mehr als 70 Prozent der Wirtschaftsleistung. Für die Eurozone insgesamt steigt sie sogar auf gut 100 Prozent, und eine beklemmende Frage zwingt sich auf: Wie sollen die Regierungen das je wieder zurückzahlen?

Folgt man den führenden Ökonomen, dann lautet die Antwort: gar nicht. Ausgabenkürzungen und Steuererhöhungen würden die Wirtschaft nur weiter bremsen. Stattdessen sollen die Staaten aus ihrer Verschuldung herauswachsen. Sobald die Wirtschaft wieder brummt, können sie bei steigenden Steuereinnahmen die Kreditaufnahme herunterfahren, und mit dem Wachstum sinkt die Schuldenquote. Das klingt plausibel, zumal die niedrigen Zinsen es leicht machen. Die zusätzlichen Kredite kosten fast nichts, der deutsche Fiskus verdient sogar daran.

Und doch hat das Konzept eine große Schwäche: Es beruht auf der Annahme, dass alsbald alles wieder so ist, wie es vor der Pandemie war. Das ist aber höchst unwahrscheinlich. Denn die Coronakrise hat aufgedeckt, dass zentrale Aufgaben wie das Bildungs- und das Gesundheitswesen dramatisch unterfinanziert sind. Zudem fahren viele europäische Staaten auf Verschleiß. Marode Brücken, fehlende Schienen, bauffällige öffentliche Gebäude und eine technisch völlig veraltete Verwaltung sind der Ausweis solch falscher Politik. Folglich dürfen die staatlichen Investitionen keinesfalls wieder auf das Vorkrisenniveau sinken, sondern müssen dauerhaft steigen. Und die Jahrhundertaufgabe Klimaschutz kommt da noch oben drauf. Für die Umstellung auf eine klimaneutrale Produktionsweise werden staatliche Programme im Billionen-Euro-Maßstab nötig. Da ist der Green Deal der EU nur ein Anfang.

All das wird sicher nicht allein mit Krediten zu bewältigen sein, sondern zusätzliche Steuereinnahmen erfordern. Die gute Nachricht ist, dass es dafür neben der Besteuerung von klimaschädlichen Emissionen weitere Reserven gibt: die Vermögen der Superreichen. Deren Steuerlast haben die Wohlstandsstaaten kontinuierlich heruntergefahren, stets begleitet von dem Versprechen, dass die Kapitalbesitzer umso mehr investieren würden. Doch das war ein Irrglaube, belegt jetzt eine Studie der London School of Economics. „Große Steuersenkungen für die Reichen seit den 1980er Jahren haben die Ungleichheit erhöht, ohne dass dies durch Gewinne bei der Wirtschaftsleistung ausgeglichen wird“, weisen die Autoren nach. In der Folge verfügt heute auch in Deutschland ein Prozent der Bevölkerung über ein Drittel aller Vermögen.

Darum wäre es nur recht und billig, bei diesem einen Prozent eine Zukunftsabgabe zu erheben, wie es die Linke fordert. Würden Vermögen ab einem Freibetrag von zwei Millionen Euro mit einer progressiven einmaligen Abgabe von zehn bis dreißig Prozent belegt, kämen hierzu rund ein Prozent der Bevölkerung 337 Milliarden Euro zusammen, kalkulierte das DIW. Käme es dazu, wären die Corona-Programme finanziert und der Staat bliebe für die weiteren Aufgaben handlungsfähig – notfalls auch auf Kredit.

Spahn: Impfstoff-Produktion wird hochgefahren

Gesundheitsminister stellt zusätzliche Herstellung in Deutschland in Aussicht. Potsdamer Impfzentrum ab 5. Januar startklar

VON ANDREA DERNBACH

BERLIN/POTSDAM - Unmittelbar nach Beginn der ersten Impfungen gegen das Coronavirus hat eine Debatte über mögliche Erleichterungen für Geimpfte und die Impfstoffproduktion begonnen. Angesichts der weiter knappen Mengen des neuen Impfstoffs sprechen sich Teile der Opposition dafür aus, sie auch von Fremdfirmen produzieren zu lassen.

Der Sprecher für Gesundheitspolitik der Links-Fraktion im Bundestag, Achim Kessler, sagte dem „Spiegel“: „Der Gesundheitsminister kann nach dem Ersten Bevölkerungsschutzgesetz Unternehmen zwingen, anderen Unternehmen eine Lizenz zum Nachproduzieren zu gewähren. Das muss die Bundesregierung jetzt schnell tun.“ FDP-Chef Christian Lindner verlangte eine „Krisenproduktion“. Es

müssten alle rechtlichen, wirtschaftlichen, politischen und technologischen Voraussetzungen geschaffen werden, damit schneller geimpft werden könne, sagte er der „Bild“.

Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) warnte vor zu hohen Erwartungen an das Tempo bei der Impfstoff-Produktion. Diese sei hoch komplex und anspruchsvoll. Spahn geht dennoch davon aus, dass die Produktion in Deutschland bald hochgefahren werden kann. Zusammen mit den Herstellern Biontech und Pfizer überlege man, etwa im hessischen Marburg zusätzliche Möglichkeiten zu schaffen, sagte er am Montag im ZDF. „Ziel ist, noch im Februar/März dort auch Produktion möglich zu machen. Das würde die Menge enorm erhöhen.“

Die Verteilung von zunächst 200 Millionen Dosen des Vakzins von Biontech und

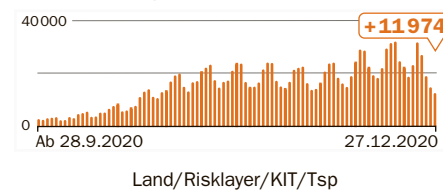
VIRUS in Zahlen

Neuinfizierte

pro 100 000 Einwohner in den vergangenen 7 Tagen

BRANDENBURG **231** | DEUTSCHLAND **172**

Deutschland gesamt



Pfizer soll in der Europäischen Union bis September abgeschlossen sein, wie ein Sprecher der EU-Kommission mitteilte. Spahn stellte sich angesichts dessen auch gegen Überlegungen, bereits Geimpfte

von Schutzauflagen zu befreien. „Keiner sollte Sonderrechte einfordern, bis alle die Chance zur Impfung hatten“, sagte er der „Funke“-Mediengruppe. Vize-Regierungssprecherin Ulrike Demmer betonte, die Regeln gälten weiter für alle: „Weil wir eben nicht wissen, ob ein Impfstoff die geimpfte Person alleine schützt oder eben auch vor Ansteckung anderer.“

Diese Haltung teilen die Grünen. Kordula Schulze-Asche, Sprecherin für Pflege- und Altenpolitik und Infektionsschutzfachfrau, sagte dieser Zeitung, für eine wirksame Bekämpfung des Virus sei die Immunisierung von mindestens 60 Prozent der Bevölkerung nötig. Bis dahin „werden wir uns alle weiter an die AHA-L Regeln halten müssen“.

Der Aufbau des Impfzentrums in der Potsdamer Metropolitshalle – eines von insgesamt elf brandenburgweit – läuft un-

terdessen nach Plan. Ab dem 5. Januar sollen dort die ersten Menschen mit dem Covid-19-Impfstoff geimpft werden. „Wir stehen vor der Bewältigung einer enormen Herausforderung, wie es sie noch nie in Brandenburg gab“, sagte Gesundheitsministerin Ursula Nonnemacher (Grüne) am Montag in Potsdam. Im Vergleich zu Berlin, wo bereits seit Sonntag die Impfzentren arbeiten, müsse in Brandenburg eine riesige Fläche versorgt werden. Der logistische Aufwand sei um einiges komplizierter.

Die Zahl der Ansteckungen mit dem Coronavirus ist im Land Brandenburg leicht gestiegen. 417 neue Fälle wurden am Montag registriert, wobei die Infektionszahlen nach dem Wochenende gewöhnlich verzerrt gemeldet werden. (mit HK, epd, rtr)

— Seiten 4, 7, 20 und 21

Heime müssen Covid-Kranke zurücknehmen

POTSDAM - Angesichts der angespannten Corona-Lage in den brandenburgischen Krankenhäusern sollen Träger von Pflegeeinrichtungen erkrankte Bewohner bei leichteren Krankheitsverläufen schneller wieder zurücknehmen. Das Landesgesundheitsministerium hat ein entsprechendes Schreiben an die Pflegeträger verschickt, wie ein Sprecher am Montag den PNN bestätigte. Leichte Fälle können auch in den Heimen versorgt werden, dort gebe es abgetrennte Bereiche. In den Krankenhäusern müssten die schwereren Fälle behandelt werden, so der Sprecher. Die Situation in den Krankenhäusern ist wegen Personalmangels und der steigenden Infiziertenzahlen angespannt – vor allem im Süden des Landes. Gesundheitsministerin Ursula Nonnemacher (Grüne) sagte in Potsdam, 35 Prozent des medizinischen Personals seien aktuell erkrankt oder in Quarantäne. HK

Verfassungsschutz befürchtet Terror von Corona-Leugnern

BERLIN - In den Sicherheitsbehörden wächst die Sorge vor Anschlägen radikalisierter Corona-Leugner. „Das Apokalyptische der Verschwörungsmythiker verbindet sich mit dem Rechtsextremismus“, sagte der Chef des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes, Burkhard Freier, dieser Zeitung. Diese Entwicklung könne bei Corona-Leugnern „in seiner Konsequenz zu Terror führen“. Im Oktober hatten mutmaßliche Coronaleugner in Berlin Brandflaschen auf das Gebäude des Robert-Koch-Instituts geworfen und nahe der Leibniz-Gemeinschaft einen Sprengsatz gezündet.

Mit Blick auf den Anschlag vom Februar in Hanau hält Freier den Typus des allein handelnden, rechtsextremen Täters für die aktuell größte Terrorgefahr. „Das Potenzial ist groß, und es schwillt anlassbezogen noch an“, warnte der Verfassungsschutz. In Hanau hatte der junge Rassist Tobias Rathjen neun Menschen aus Einwandererfamilien erschossen.

Freier befürchtet zudem, dass die Gefahr von Anschlägen der Terrormiliz „Islamischer Staat“ wieder wächst. Der Angriff in Wien zeige, „dass der IS in den Ländern der Europäischen Union wieder Strukturen aufbauen will“. Anfang November hatte der Islamist Kujtim Fejzulaj im Stadtzentrum um sich geschossen, vier Menschen getötet und 23 verletzt. Die Terrormiliz habe den Anschlag beeinflusst, der Täter sei möglicherweise in eine offenbar neu belebte Balkan-Connection des IS eingebunden gewesen. „Da ist eine langfristige Strategie zu erkennen“, sagte Freier.

Die Gefahr schwerer Gewaltdelikte sieht der Verfassungsschutz auch bei der zunehmenden Radikalisierung einer Minderheit der linksextremen Szene. „Die Hemmschwellen sinken und die Taten sind direkt gegen Einzelpersonen gerichtet“, sagte Freier. FRANK JANSEN

— Seite 2

INDEX

WIRTSCHAFT & BÖRSEN

Dank Brexit-Deal und US-Corona-Hilfspaket steigt der Dax in neue Höhen. Er schloss bei 13 790,29 Punkten.

WETTER

Wie gemein ist das denn? In den USA ist heute der „Ab-auf-die-Waage-Tag“. Da gehen wir bei leichtem Schnee, diversen Wolkenfeldern und später etwas Sonne doch lieber spazieren.

POLITIK & MEINUNG

POTSDAM 7-8
WISSEN & FORSCHEN 20-21
MEDIEN/TV-PROGRAMM 23
WELTSPIEGEL 24

ABONENTENSERVICE (0331) 2376-100
ANZEIGENSERVICE (0331) 2376-111
REDAKTION (0331) 2376-132



Zwei Drittel aller Kliniken machen Verluste

BERLIN - Die Corona-Pandemie hat die ohnehin schon angespannte finanzielle Situation der Kliniken in Deutschland noch einmal drastisch verschärft. So rechnen zwei Drittel aller Betreiber in diesem Jahr mit Verlusten. Das geht aus dem aktuellen Krankenhaus-Barometer des Deutschen Krankenhausinstituts (DKI) hervor, das dieser Zeitung vorliegt. Demnach beurteilen nur noch 18 Prozent der knapp 2000 Kliniken mit ihren 1,3 Millionen Mitarbeitern ihre aktuelle wirtschaftliche Lage als gut. Niemals vorher hätten sich so viele Krankenhäuser vor wirtschaftlichen Problemen gesehen wie in diesem Jahr, sagte Gerald Gaß, der Präsident der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG), dieser Zeitung. Die Verantwortlichen dürften es „nicht zulassen, dass Kliniken in die Insolvenz getrieben werden“. raw

— Seite 4

Miele
Größte Ausstellung in Berlin

Unser Primus-Versprechen:

- persönliche Beratung
- individuelle Planung
- umfassender Service
- ... immer zum besten Preis

Gemeinsam wird uns der Kampf gegen das Corona-Virus gelingen – deshalb hat auch unsere Ausstellung derzeit bis auf Weiteres geschlossen.

Montag bis Samstag von 10 bis 20 Uhr sind wir weiterhin für Sie da!

Telefonisch unter 030 – 2101550 oder per Email: berlin@miele-primus.de

► Beratung
► Service
► Verkauf
► Lieferung oder Abholung
► Montage

PRIMUS
KÜCHEN UND HAUSGERÄTE

Im Miele Center am Wittenbergplatz
Kundenparkplatz im Hof
Ansbacher Str. 22, 10787 Berlin

Fon 030 – 210155 – 0
Online-Shop: www.miele-primus.de

... woanders kaufen lohnt sich nicht!

OSZ wird ab April 2021 saniert

Brandschutz in Berliner Straße nicht zeitgemäß

BERLINER VORSTADT - Die Brandschutztechnik des Johanna Just-Oberstufenzentrums (OSZ III) an der Berliner Straße 114/115 soll ab April kommenden Jahres grundlegend erneuert werden: Derzeit sucht der Kommunale Immobilienservice (KIS), in dessen Eigentum sich das über hundert Jahre alte Gebäude befindet, nach einem Generalplaner für den Auftrag. „Nach erfolgter Sanierung um die Jahrtausendwende ist Brandschutz immer noch ein Mangel“, heißt es in der Ausschreibung.

Im Zuge der geplanten Sanierung sollen sichere Fluchtwege sowie Brand- und Rauchabschnitte eingerichtet werden. Der Einbau einer Brandmeldeanlage der

Kategorie I, also mit dem höchsten Leistungsumfang, sei erforderlich, ebenso wie die Installation einer Sicherheitsbeleuchtung sowie von Flucht- und Rettungswegebeleuchtung. Die Brandmeldeanlage soll auf die Potsdamer Feuerwehr aufgeschaltet werden.

Nach der Sanierung soll es in jedem Raum Internet geben

Im Rahmen des Digitalpaktes soll das Gebäude mit seinen rund 11 000 Quadratmeter Bruttogeschosfläche zudem flächendeckend mit einer Internetanbindung ausgestattet werden. Alle Fach- und Unterrichtsräume sollen baulich so vorbereitet werden, dass künftig interaktive Tafeln im Unterricht eingesetzt werden können.

Aufgrund der Pandemie sollen zudem die bestehenden Lüftungsanlagen im Rahmen der Sanierung nach der geltenden Corona-Richtlinie umgerüstet und entsprechende Fördermittel dafür beantragt werden. Weiter fordert der KIS vom künftigen Generalplaner eine Analyse der bestehenden Gebäudetechnik und die Erarbeitung von „mindestens zwei Varianten einer hocheffizienten, energetischen Gebäudesanierung (nur Technik) zur Einsparung von Betriebskosten.“ Das Ende der Sanierung ist auf Dezember 2023 angesetzt.

1908 wurde das Gebäude in der damaligen Königsstraße 90/91 eingeweiht, zwischen 1997 und 1999 wurde es für rund 33 Millionen D-Mark umfassend saniert. Dabei wurde unter anderem die markante Kuppel wiederhergestellt und das fünfte Geschoss neu aufgebaut. Im OSZ III erfolgte die Ausbildung für Berufsgänge aus den Bereichen Ernährung und Hauswirtschaft sowie Gesundheit und Soziales.

ERIK WENK

IG Bau befürchtet Wohnungsnot für Ältere

Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG Bau) warnt vor einem Mangel an Seniorenwohnungen in Potsdam und Potsdam-Mittelmark: In der brandenburgischen Landeshauptstadt könnte die Zahl der Menschen, die älter als 65 sind, bis zum Jahr 2035 auf 45 700 anwachsen, 33 Prozent mehr als im Jahr 2017. Ihr Anteil an der Bevölkerung läge dann bei 23 Prozent. Dazu beruft sich die Gewerkschaft auf eine Demografie-Prognose des Cima Instituts für Regionalwirtschaft. Im Fall von Mittelmark würde der prognostizierte Zuwachs noch stärker ausfallen: um 49 Prozent gegenüber 2017. Damit würden 2035 im Landkreis rund 69 600 Menschen der Generation 65+ angehören.

Die Gewerkschaft befürchtet, dass die Wohnungswirtschaft diesem Trend hinterherhinkt und fordert mehr Anstrengungen auf der Schaffung seniorengerechter Wohnungen: „Lift statt Treppe, breitere Türen für Rollator und Rollstuhl, barrierefreie Duschen – nur ein kleiner Teil der Wohnungen in Potsdam und Mittelmark ist für die Generation der Über-65-Jährigen geeignet. Das muss sich ändern“, sagt Rudi Wiggert, der Bezirksvorsitzende der IG Bau. Wiggert spricht von einer „demografischen Notwendigkeit“ solcher Baumaßnahmen, sonst drohe viele Älteren in den kommenden Jahren Wohnungsnot.

Auch bei der altersgerechten Sanierung bestehender Wohnungen sei der Nachholbedarf groß. Die IG Bau fordert hier nicht nur die Kommunen zu mehr Anstrengungen auf, auch der Bund müsse handeln: Die staatliche Kreditanstalt für Wiederaufbau bietet im Programm „Altersgerecht Umbauen“ Zuschüsse und Kredite in Höhe von 150 Millionen Euro an – diese Fördersumme müsse aus Sicht der Gewerkschaft mindestens verdoppelt werden, um den Bedarf an seniorengerechten Wohnungen zu erfüllen. Danach sieht es derzeit aber nicht aus: Laut EtA stehen 2021 für altersgerechte Sanierungen nur 130 Millionen Euro zur Verfügung. EW

Einsames Denkmal



Planierter Park. Die Fläche des Seesportclubs am Park Babelsberg ist bis auf das Denkmal für Karl Liebknecht beräumt worden. Der Club muss nun temporär in Containern unterkommen, ehe er in einen Neubau ziehen kann. Wie berichtet hängt der Abriss des Gebäudes mit der geplanten Anlage historischer Wegebeziehungen im Park durch die Schlö-

serstiftung zusammen. Dafür wurde auch ein Flächentausch vorgenommen. Aus diesem Grund wird auch das Strandbad verlegt. Das Projekt kostet mehrere Millionen Euro. Kritiker sehen darin eine Geldverschwendung. Gegner des Wegeneubaus hatten in diesem Jahr 2500 Unterschriften gegen das Projekt gesammelt.

Foto: S. Gabsch

Er hätte uns allen Mut gemacht

Vor einem Jahr ist der frühere Ministerpräsident Manfred Stolpe gestorben. Erinnerung einer Weggefährtin

VON SUSANNE KRAUSE-HINRICHS

Ein Jahr ist vorüber und immer noch ertappe ich mich dabei, wie ich auf meinem Handy nach einer Nachricht von ihm suche oder den Impuls spüre, ihm eine SMS zu schreiben. Manfred Stolpe starb letztes Jahr kurz nach Weihnachten nachdem ihm die letzte seiner Krankheiten auch noch sein markantestes Instrument, seine Stimme, geraubt hatte.

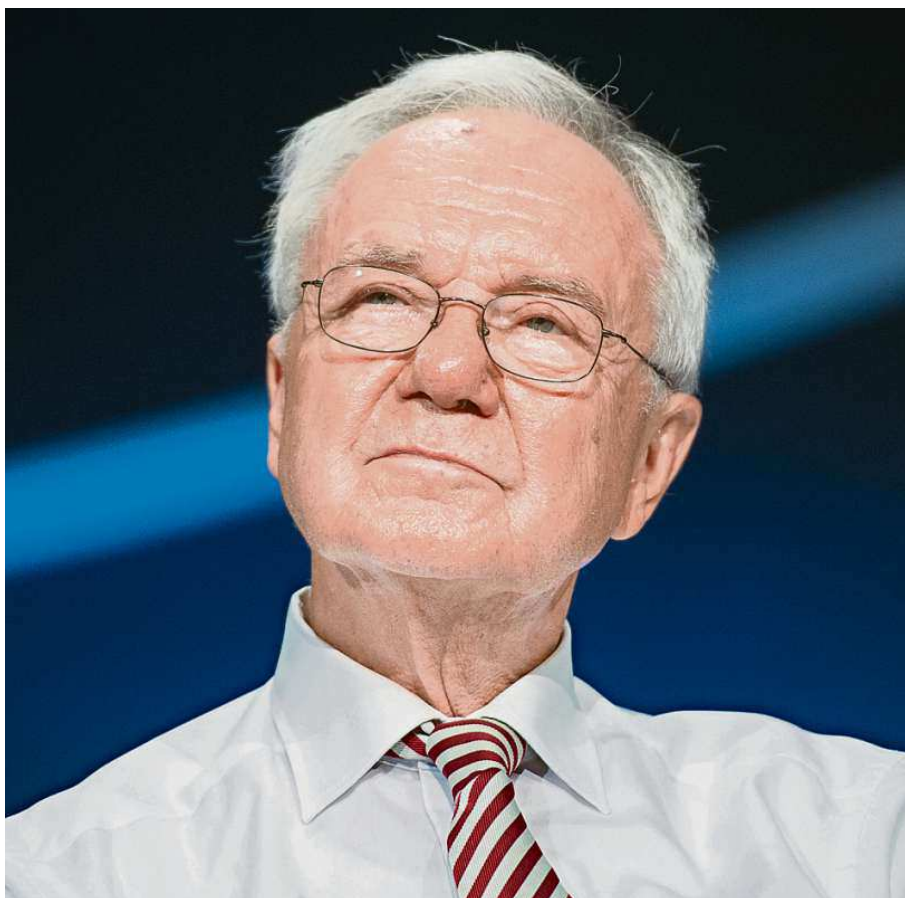
Diese Stimme hörte ich zum ersten Mal 1991 an einem sehr heißen Sommertag im Ratskeller im damaligen Landkreis Jüterbog. Sie hatte die Fülle und Kraft einer Orgel und verströmte väterliche Autorität und Zuversicht. Seine Erscheinung passte perfekt dazu, die schon grau melierten Haare umrahmten ein leicht gebräuntes Gesicht mit blitzenden Augen, ein stahlblaues Hemd mit Krawatte und ein für die damalige Zeit ungewöhnlich gut sitzender Anzug komplettierten den Auftritt des Landesvaters. Alle Teilnehmer hatten wegen der ungewöhnlichen Hitze die Jacken ausgezogen und die Ärmel hochgekrempelt, nicht so Manfred Stolpe, der stoisch die Würde des Amtes präsentierte.

Der Landrat hatte in epischer Breite die Probleme der damaligen Zeit ausgebreitet, die in Jüterbog neben hohen Arbeitslosenzahlen auch mehrere Hektar verseuchter Militärfelder bedeuteten. Der Ministerpräsident kommentierte kundig, fragte nach und glänzte mit Sonderwissen von Bodenwertzahlen über die Situation in den Betrieben bis hin zur Geschichte und dem Wappen der Stadt. Heraldik und Historie waren sein Steckpferd, die aktuellen Zahlen hatte ich ihm aufgeschrieben. Ich platze innerlich fast vor Stolz, als er dieselben Vortrag und den Jüterboger Gastgeber das Gefühl vermittelte, er beschäufte sich Tag ein Tag aus ausschließlich mit ihren Problemen. Wenn er auch viele von diesen nicht lösen konnte und auch manches Versprechen unerfüllt blieb – Manfred Stolpe vermittelte ein Grundvertrauen und Mut, die den Brandenburgern Mut und Optimismus in einer alles andere als einfachen Übergangszeit vermittelte. Sie dankten es ihm mit sensationellen Wahlerfolgen, von denen die SPD in Brandenburg auch noch heute profitiert.

Heraldik und Historie waren sein Steckpferd

„Fortuna Audaces juvat“, „den Tapferen hilft das Glück“ war sein Lieblingsmotto, das er in allen damals noch existierenden 35 Städten und Landkreisen glaubwürdig auf seinen Besuchen vermittelte. Nach zwei Jahren gemeinsamer Kreisreisen benedete ich meine Ausbildung und die enge berufliche Arbeit endete vorerst.

Ich sah ihn nur sporadisch. 1996 gestand Manfred Stolpe vor dem Schloss Glienicke seine erste große politische Niederlage ein. Die Brandenburger waren ihm nicht gefolgt, seine Idee von einem gemeinsamen Bundesland mit Berlin war gescheitert. Im selben Jahr räumte er ein, dass in Brandenburg der Rechtsextremismus und damit zusammenhängend gewalttätige Übergriffe stark zugenommen hatten. Als einziger ostdeutscher Ministerpräsident gründete er mit dem Toleranten



Der Landesvater. Manfred Stolpe, hier im Jahr 2015, war von 1990 bis 2002 SPD-Ministerpräsident in Brandenburg. Er verstarb am 29. Dezember 2019.

Foto: Patrick Pleul/dpa

Radio Einschalten! BHeins.de jetzt auch als APP 95.3 MEINE HITGARANTIE!

Brandenburg eine auf breiter gesellschaftlicher Basis und mit staatlicher Unterstützung funktionierende Institution, die seit dem präventiv erfolgreich arbeitet.

Es war dann auch der präventive Kampf gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus, der uns 2013 wieder zusammenführte. Mit Stolpes Unterstützung übernahm ich die Leitung der Flick Stiftung gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus. Diese privatrechtliche Stiftung konzipiert und finanziert Präventionsprojekte in den neuen Bundesländern und bildet eine wertvolle Ergänzung zu den staatlichen Projekten. Als Stiftungs-

nötig, um einen Sachverhalt oder eine Einschätzung zu verifizieren. Ein Büro oder Mitarbeiter brauchte er dazu nicht, es war alles in seinem Kopf.

Seine langjährigen politischen und menschlichen Erfahrungen aus den verschiedenen Systemen hatten ein gute Portion Misstrauen in Manfred Stolpe wachsen lassen. Oft bezeichnete er sich selbst als misstrauisch wie ein alter schwarzer Kater. Und dass er damit richtig lag, erfuhr ich leider oft, wenn ich mal wieder zu euphorisch Hoffnung in Menschen oder Projekte gesetzt hatte. Neben Misstrauen war aber auch Vertrauen eine seiner Handlungsmaximen. Er konnte auf ein beeindruckendes Netzwerk von langjährigen Vertrauten bauen. Es bestand aus Frauen und Männern, die aus den verschiedensten Bereichen seines Lebens oder seiner Ämter stammten - und alle fühlten sich ihm in positiver Hinsicht verpflichtet.

Wertschätzung und Empathie waren hierbei seine wichtigsten Führungsqualitäten, das erlebte ich auch selbst immer wieder. Oft genühten kleine Sätze, entweder auf Zettel oder später als SMS, um Mut zu machen oder Niederlagen besser zu verkraften. Ein „Glück auf!“ vor wichtigen Ereignissen oder „Sie waren sehr tapfer“ nach einer verkorksten Sitzung halfen ungemein. Ob spontane Reaktion oder strategisches Kalkül dabei überwogen, war mir egal. Fühlte ich mich doch nie zu etwas genötigt, das mir widerstrebt oder mich in meiner Eigenständigkeit in Frage gestellt hätte.

Manfred Stolpes Pflicht- und Verantwortungsgefühl und seine enorme Disziplin ließen ihn Jahre hinaus über sein ärztlich prognostiziertes Ende hinweg weitermachen. Er gewann kostbare Zeit, um Menschen und Projekte weiter zu unterstützen, die er als wichtig ansah. Er beriet seine Nachfolger im Ministerpräsidentenamt, aber auch eine Reihe von Bundespolitikern wie Frank Walter Steinmeier suchten regelmäßig mit ihm das Gespräch. Die Politik in Brandenburg verfolgte er ganz genau bis zuletzt. Nachdem die AfD nach der Landtagswahl 2019 als stärkste Kraft verhindert war und Weihnachten vorbei war, konnte er gehen.

Zum Glück war die Corona-Pandemie noch fern, sie hätte es diesem unermlüchlichen Kämpfer wohl nicht leichter gemacht. Des Öfteren habe ich in diesem Jahr überlegt, wie Manfred Stolpes Kommentare zum aktuellen Geschehen wohl ausfallen würden. Womöglich hätte er die Corona Leugner als „Dummköpfe“ bezeichnet und Christian Drosten als Wissenschaftler gelobt, ich weiß es nicht genau, aber er hätte uns allen sicher wie immer Mut gemacht.



Susanne Krause-Hinrichs leitet seit dem 1. Oktober 2013 als Geschäftsführerin die F.C. Flick Stiftung in Potsdam. Manfred Stolpe war lange Stiftungsrat, beide arbeiteten schon vorher zusammen. Foto: Blumrich

Hinweise zu Fußwegen gefragt

Noch bis zum 31. Januar können Potsdamer Hinweise zum online einsehbar Fußverkehrskonzept der Stadt abgeben. Das teilte die Stadtverwaltung mit. Im Konzept sind mehr als 1900 Maßnahmen für eine fußgängerfreundlichere Stadt enthalten, von denen 233 als Sofortmaßnahmen schnellstmöglich umgesetzt werden sollen. Dazu zählen die Verbesserung von Sichtbeziehungen an Kreuzungen oder das Absenken von Bordsteinen.

„Zufußgehen ist die natürlichste und umweltverträglichste Form der Mobilität und jeder Weg – ob mit dem Rad, dem Auto oder einem öffentlichen Verkehrsmittel – beginnt und endet mit einem Fußweg. Deshalb betreffen die Bedingungen für den Fußverkehr alle Bevölkerungsgruppen einer Stadt“, so Potsdams Bau- und Stadtentwicklungsdirektor Bernd Rubelt (parteilos). Ganz besonders betroffen seien von schlechten Fußwegen aber ältere Menschen, Menschen mit Mobilitätseinschränkungen und Kinder. „Besonders für sie sind gute Voraussetzungen wichtig, damit die Wege im Alltag möglichst barrierearm zurückgelegt werden können“, so Rubelt.

Das Konzept ist unter www.potsdam.de/auslegung-des-fussverkehrskonzepts-fuer-potsdam einsehbar. Hinweise und Stellungnahmen nimmt das Rathaus unter verkehrsentwicklung@rathaus.potsdam.de entgegen. Andere Beteiligungsformen seien aufgrund der Pandemie derzeit nicht durchführbar.

Zur Erstellung des Konzeptes hatte es im Jahr 2019 noch drei Stadtteilspaziergänge gegeben, laut Rathaus wurden auch Kinder und Jugendliche an den Planungen beteiligt.

POLIZEIBERICHT

In fremde Wohnung eingedrungen

SCHLAATZ - Zwei Männer sind am Sonntagvormittag in eine Wohnung im Stadtteil Schlaatz eingedrungen und haben dort randaliert sowie eine Zeugin bedroht. Noch vor Eintreffen der Polizei verließen die 36- und 39-jährigen Männer die Wohnung wieder, heißt es im Polizeibericht, beide konnten aber gegen 10 Uhr im Zuge der Ermittlungen im Wohngebiet gefunden werden. Sie kamen zur Verhinderung weiterer Straftaten in Polizeigewahrsam. Nach ersten Erkenntnissen liegen die Hintergründe der Tat im persönlichen Bereich, die Kriminalpolizei ermittelt weiter.

Vier Keller aufgebrochen

WALDSTADT - Unbekannte Täter sind in der Zeit zwischen dem 20. und 27. Dezember in den Keller eines Mehrfamilienhauses in der Straße Zum Kahleberg eingedrungen. Nach Polizeiangaben wurden vier Kellerabteile von Mietern des Hauses im Stadtteil Waldstadt aufgebrochen. Dabei wurde unter anderem ein hochwertiges Fahrrad gestohlen. Beamte der Polizeiinspektion Potsdam sicherten Spuren. Die Kriminalpolizei ermittelt. KG

POTSDAMER

Brandenburgische Neueste Nachrichten
gegr. 1951
Unabhängige Tageszeitung der Landeshauptstadt
Verlag: Potsdamer Zeitungsvergesellschaft mbH & Co. KG, **Chefredakteur:** Sabine Schickentanz, Telefon: (0331) 23 76-132, **chefredaktion@pnn.de**, **Stellvertretende Chefredakteur:** Marion Kaufmann, Telefon: (0331) 23 76-119, **chefredaktion@pnn.de**, **Verantwortliche Redakteure:** PNN-Kultur in Potsdam: Lena Schneider, Telefon: (0331) 2376-145, **kultur@pnn.de**; Landespolitik: Marion Kaufmann, Telefon: (0331) 2376-156, **bildredaktion@pnn.de**; **Telefon-Sammelnr.:** (0331) 23 76-0, **Fax Redaktion:** (0331) 23 76-300, **E-Mail:** leserservice@pnn.de sowie leserpost@pnn.de, **Internet:** www.pnn.de, **Postanschrift:** Potsdamer Zeitungsvergesellschaft mbH & Co. KG, Postfach 60 12 61, 14412 Potsdam.

Abonnenten-Service: Tel.: (0331) 23 76 - 100
Anzeigenservice: Tel.: (0331) 23 76 - 111
Besucheradresse: Platz der Einheit 14 (WilhelmGalerie), 14467 Potsdam.

Geschäftsführung: Farhad Khalil, Ulrike Teschke, **Verlagsleitung:** Janine Gronwald-Granter, Telefon: (0331) 23 76-144, Fax: (0331) 23 76-200, **Anzeigen:** Janine Gronwald-Granter (lokal), Anzeigenannahme Potsdam: Platz der Einheit 14 (WilhelmGalerie), 14467 Potsdam, Telefon (0331) 23 76-111, Fax: (0331) 23 76-400, **Vertrieb:** Sebastian Stier, **Vertriebservice:** (0331) 23 76-100

Diese Zeitung erscheint sechsmal wöchentlich. Zurzeit gilt die Anzeigenpreisliste Mediadata & Online, gültig ab 1. Januar 2020. Die Redaktion behält sich das Recht der auszuscheiden Wiedergabe von Zuschriften vor. Veröffentlichungen müssen nicht der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unaufgeforderte Zuschriften, Bilder und Zeichnungen übernehmen wir keine Haftung. Die Zeitung behält sich das Recht vor, Anzeigen nicht zu veröffentlichen, wenn sie gegen geltendes Recht verstoßen. Keine Ersatzansprüche bei Störungen durch höhere Gewalt. **Monatlicher Abonnementpreis** 46,00 €, inkl. 7 % Umsatzsteuer (Quartal 138,00 €, Halbj. 267,72 €, jährlich 524,40 €); **Studenten** monatlich 23,00 €, inkl. 7 % Umsatzsteuer, (Quartal 69,00 €, Halbj. 133,86 €, jährlich 262,20 €); **Potsdam-Abo (PNN-Vollabo + Zitrö)** monatlich 50,25 €, inkl. 7 % Umsatzsteuer (Quartal 150,75 €, Halbj. 301,40 €, jährlich 603,00 €); **Potsdam-Abo Student (PNN Stud.-Abo-Zitrö)** monatlich 25,10 €, inkl. 7 % Umsatzsteuer (Quartal 75,30 €, Halbj. 150,60 €, jährlich 301,20 €); **Wochenendabonnement (Pr/Sa)** 18,40 €/Monat. Für monatlich 5,50 € (inkl. 19 % MwSt.) erhalten Sie als Abonnent zusätzlich das PNN-E-Paper. E-Paper Abonnement 25,90 €/Monat, E-Paper Student monatlich 12,95 €. Die Abonnementgebühren sind im Voraus fällig. Im Abonnement erscheint vierzehntägig dienstags unentgeltlich ein verlags eigenes TV-Programmheft für zwei Wochen. Druck: Druckhaus Spandau, Brunsbütteler Damm 156-172, 13581 Berlin

Wir verwenden Zeitungspapier mit hohem Altpapieranteil